

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

6. August 2019

PRESSEMELDUNG 39/2019

Die Journaille schlägt wieder zu

ntv-Reporter verbreitet Falschmeldungen über schleswig-holsteinische AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein

„Fake-News“ und Medien-Manipulationen sind häufig Teil der etablierten Presselandschaft und sie leistet täglich ihren Beitrag, um dem Höhenflug der AfD in den neuen Bundesländern schaden. Dazu werden in der Berichterstattung gern Fakten mit Falschmeldungen vermischt. Das Ziel ist klar: unter dem Deckmantel scheinbar sachlich-objektiver Nachrichten werden bewußt Unwahrheiten eingestreut, um politisch unerwünschte Meinungen und Personen zu verleumden. Insbesondere die AfD ist den Attacken der Journaille ausgesetzt.

Jüngstes Beispiel: der sich besonders investigativ gerierende ntv-Reporter Benjamin Konietzny veröffentlichte am 4. August 2019 eine „Analyse“ mit dem skandalisierenden Titel „Der Ost-Erfolg wird teuer für die AfD“ (vgl. <https://www.n-tv.de/politik/Der-Ost-Erfolg-wird-teuer-fuer-die-AfD-article21183968.html>).

Abgesehen von der Aneinanderreihung fragwürdiger Sachverhalte quer durch alle Landesverbände behauptet der Autor in Bezug auf die schleswig-holsteinische AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein:

„Seit Juni steht in Schleswig-Holstein trotz eines laufenden Parteiausschlußverfahrens wieder Doris Sayn-Wittgenstein an der Spitze des Landesverbandes, die tief im Rechtsaußen-Lager steht. Sie steht der Reichsbürgerbewegung nahe, hat einen rechtsextremen Verein unterstützt, der auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht und hat im Frühjahr bei einer Rede die These aufgestellt, die Alliierten hätten nach dem Zweiten Weltkrieg Dokumente unterschlagen, ohne die Deutsche ihre Geschichte gar nicht objektiv beurteilen könnten. Zahlreiche Landespolitiker verweigern die Zusammenarbeit mit ihr.“

Dazu erklärt v. Sayn-Wittgenstein: „Es Ausdruck niederträchtiger Pressearbeit, den ‚Reichsbürger‘-Vorwurf aufzugreifen, der bereits zweimal zu einer gerichtlichen Unterlassung führte. Derlei Berichterstattung verbreitet bewußt Lügen, um die Landesvorsitzende einer demokratischen Partei zu diskreditieren. Wer mit derlei Methoden arbeitet, mißbraucht die Pressefreiheit.“

Was die Landtagsabgeordnete in Zusammenhang mit Meinungsfreiheit und Verfassungsschutz wirklich gesagt hat, können Sie hier sehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=U7J2m7wNjEg>